

Den Platz der

Gesellschaftswissenschaften erkennen und danach handeln

Aus dem Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. rer. oec. Theo Kießig, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, auf der Aktivtagung der Kreisparteiorganisation der SED

Das Zentralkomitee vertritt die Auffassung, daß volle Klarheit über den Platz der Gesellschaftswissenschaften bei der Entwicklung des Sozialismus in unserer Republik von großer theoretischer wie auch praktischer Bedeutung ist. Im Gegensatz zu allen früheren Gesellschaftsformationen wird der Sozialismus durch das bewußte und planmäßige Handeln des Volkes geschaffen und entwickelt. Hier liegt bekanntlich auch der Kern der wirklichen Freiheit. Bewußt handeln für den Sozialismus kann aber nur der, der sozialistisches Bewußtsein besitzt, das heißt, mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ausgerüstet ist. Und das betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Nur so ist es gewährleistet, daß die Tätigkeit auf allen Fachgebieten vom Ziel des Sozialismus durchdrungen ist und zu sozialistischen Ergebnissen führt.

Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität, Genosse Werner Dörmann, ging im Referat auf der Kreisparteiaktivtagung ausführlich auf die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften, auf Schwerpunkte ihrer Entwicklung im allgemeinen und an der Karl-Marx-Universität im besonderen ein. Ich unterstütze die von ihm gegebene Orientierung für die kommende Arbeit unserer Gesellschaftswissenschaftler, möchte einige Seiten noch weiter ausführen und aus der Sicht unserer Überlegungen einige Gedanken dazu beitragen.

Die Orientierungen des VIII. Parteitages haben für uns besonderes Gewicht

Auf dem XXIV. Parteitag der SED und auf dem VIII. Parteitag der SED wurde die Forderung erhoben, die theoretische Arbeit der Partei als wichtigen Teil der gemeinsamen internationalen revolutionären Pflicht auf ein höheres Niveau zu heben. Genosse Breschnew sagte:

„Die Probleme wurden gerade erst erwischt und haben ihrer gründlichen Ausarbeitung. Die Partei muß der Entwicklung der Theorie noch mehr Aufmerksamkeit schenken, das Niveau der Arbeit der theoretischen Institutionen heben und eine enge Verbindung der Gesellschaftswissenschaften mit der Praxis der Arbeit von Partei und Staat, mit der Lösung der konkreten Aufgaben des kommunistischen Aufbaus anstreben.“

Genosse Erich Honecker unterstrich auf dem VIII. Parteitag diese Forderung. Angesichts der Notwendigkeit, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei auszubauen und die ideologische Auseinandersetzung mit dem Klassengegner zu verstärken, angeht die steigende Verantwortung der einzelnen gegenüber der Gesellschaft und der revolutionären Bewegung trägt, angesichts der Differenzierung und Spezialisierung auf verschiedenen Gesellschaftsebenen, auch der Wissenschaft, erhöht sich die Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften, die Verantwortung der Gesellschaftswissenschaftler vor der Arbeiterklasse, der Gesellschaft und der Wissenschaft

Die Karl-Marx-Universität verfügt über ein komplexes gesellschaftswissenschaftliches Potential wie kaum eine zweite Hochschuleinrichtung unserer Republik. Deshalb erhalten die Orientierungen des VIII. Parteitages für uns ein besonderes Gewicht. Sie gelten für die Erziehung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaftsentwicklung gleichermaßen,

Von der Gesamtposition des Marxismus-Leninismus aus erziehen und ausbilden

In Ausbildung und Erziehung aller Ausbildungsrichtungen muß ein größerer Effekt durch eine höhere Qualität, ein höheres theoretisches Niveau der Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Kenntnisse erreicht werden. Unsere Gesellschaftswissenschaften sind Weltanschauung der Arbeiterklasse und Wissenschaft zugleich. Aber wir werden nur dann zu schöpferischen Lösungen in Theorie und Praxis kommen, wenn wir die Probleme von der Einheit, von der Gesamtposition des Marxismus-Leninismus aus anfassen, wenn wir den Marxismus-Leninismus als eine in sich geschlossene Theorie und Anleitung zum Handeln begreifen.

Unsere Theorie, der Marxismus-Leninismus, hat sich überzeugend als konstruktive, gesellschaftsbildende Kraft in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erwiesen. Deshalb werden wir in Erziehung und Ausbildung um so wirksamer, je vollkommener wir die theoretische Vertiefung unserer Gesellschaftswissenschaften, gemessen an den jetzt und durch die Partei gestellten Aufgaben als langfristige Aufgabe messen. Das beginnt bei den Orientierungen über einseitige Lehmeinungen über Grundpositionen, die der VIII. Parteitag gesetzt und unterstrichen hat.

Fragen, auf die wir vor der Planung antworten müssen

Es gibt zwischen den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen hinsichtlich ihres theoretischen Niveaus noch merkbare Unterschiede. Wesentliche Rückstände, auf die das Politbüro des ZK der SED 1968 hinwies, sind teilweise aufgeholt. Wir brauchen jedoch ein gleichmäßig hohes Niveau. Dafür trägt auch die Karl-Marx-Universität ein hohes Maß an Verantwortung. Leider fehlen uns oft noch wissenschaftlich gesicherte Wertungen, wo wir in den einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen stehen. Es ist notwendig, daß für jede gesellschaftswissenschaftliche Disziplin schonungslos Antwort auf folgende Fragen gegeben wird:

• Wo stehen wir mit unserem wissenschaftlichen Niveau? Sind wir mit der Sowjetunion kooperationsfähig? Sind wir uns in unserer Arbeit der Größe der Aufgaben bewußt, um richtig orientiert die Kräfte zu organisieren?

• Greifen wir immer rechtzeitig neue Fragestellungen der Partei auf, sind wir auch an den aktuellen Problemen unserer Politik dran? Neh-

men wir jederzeit mit der notwendigen Qualität und im notwendigen Umfang am Kampf der Partei teil?

• Haben wir jenes Maß wissenschaftlicher Kommunikation, Information und Dokumentation erreicht bzw. fördern wir es so, daß wir den Anspruch darauf erheben können, wissenschaftlich aktuell zu sein?

Wir beraten gegenwärtig die Planungsausschüsse der nächsten Jahre. Unsere Konzeption für die Wissenschaftsentwicklung muß dabei von einer gesicherten Analyse des Ist-Standes ausgehen.

Was die Wirksamkeit und Tragfähigkeit unserer Arbeit bestimmt

Die Wirksamkeit und wissenschaftliche Tragfähigkeit der theoretischen Arbeit unserer Gesellschaftswissenschaftler wird immer stärker bestimmt vom Zusammenschluß unserer Gesellschaftswissenschaftler mit der Sowjetwissenschaft, von der theoretischen Verarbeitung der Erfahrungen der revolutionären Bewegung und der Aneignung der Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler aller Länder. Dies gilt ebenso für die Auswertung hochschulpolitischer Erfahrungen unserer Bruderländer. Das hat Konsequenzen für die Informationspolitik, für die wissenschaftliche Kommunikation und besonders auch für die Erziehung und Ausbildung.

Komplexität, Wechselbeziehungen und brauchbare Formen

Die Erfahrungen besagen, daß die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften immer stärker zu einem einheitlichen Komplex zusammenwachsen und die wechselseitige Beeinflussung zunimmt. Das erfordert Kraft und Zeit, um bereits an der Karl-Marx-Universität durch eine umfassende wissenschaftliche Kommunikation zwischen den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und Forschungsrichtungen, wie auch zwischen natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und Forschungsrichtungen die Vorzüge der sozialistischen Universität zu nutzen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Universität zur Arbeitsstätte isoliert arbeitender hochspezialistischer Fachwissenschaftler wird. Wir benötigen Zeit, damit z. B. der Politikwissenschaftler und der Historiker, der Kulturwissenschaftler und auch der Naturwissenschaftler gemeinsam mit dem Philosophen Probleme der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie lösen — auch ohne daß jeder

Mitarbeiter in dieser speziellen Forschungsgruppe langfristig tätig wird.

Wir müssen erreichen, daß sowohl bei den Wissenschaftlern als auch bei den Studenten mit steigender Spezialisierung eine ständige Verbreiterung des Grundlagenwissens verbunden ist. Das beginnt bei der Vertiefung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, beim Studium der Werke der Klassiker und beim tieferen Verstehen der Parteibeschlüsse.

Wir haben für die Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den Gesellschafts- und Naturwissenschaftlern brauchbare organisatorische Formen, so u. a. das „Universitätspodium“, die Veranstaltungsreihe „Neu ernannte Professoren stellen sich vor“, „Arbeiterklasse und Wissenschaft“. Was wir brauchen, ist die bewußte Nutzung dieser Bedingungen und die Grundhaltung, gemeinsam für die Entwicklung unserer Wissenschaft Verantwortung zu übernehmen.

Konzentration der Forschung auf entscheidende Aufgaben

Der VIII. Parteitag hat bestätigt, daß sich die eingeleitete Konzentration auch der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung auf ausgewählte zentrale Themen und die Zentralisierung der Forschungsleitung bewährt haben.

Die Forderung der Partei geht aber noch stärker in Richtung der Forschungskonzentration auf die für unsere Gesellschaftsentwicklung und die Klassenseinwanderung entscheidenden Aufgaben.

Nicht die Tatsache darf bestimmend sein, daß ein Forschungsthema irgendein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, daß sich ein Auftraggeber findet und dafür auch zahlt. Wir müssen in allen Sektionen und Instituten verantworten, daß unsere Forschung thematisch nach den Forderungen der Partei angelegt ist. Diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen.

Von einer antiquierten Forderung

Im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich bearbeitet im Durchschnitt ein Lehrstuhl ein Thema. Die antiquierte Forderung „jedem Lehrstuhl sein Thema“ ist damit immer noch erfüllt. Ist das also eine Gesetzmäßigkeit oder nicht? Brauchen wir für die zweifelslos disziplinorientierte Wissenschaftsentwicklung auch disziplinorientierte isolierte Forschungsstellen? Mir scheint, das ist keinesfalls allgemeingültig. Wie die Lehrstühle nicht unabhängig voneinander existieren und Sektoren der Wissenschaft und Praxis darstellen, so ist

es erforderlich, die Forschungs- und Wissenschaftsentwicklung komplex, wesentliche Zusammenhänge erfassend, zu organisieren. Der Ruf nach einem komplexen Angebot der Realität durch die Wissenschaft ist doch kaum überhörbar.

Daß und wie es geht, mag ein Beispiel aus der Sektion Kulturwissenschaften/Germanistik zeigen.

Ausgangspunkt war der Auftrag, die Forschung zur Kunst der frühbürgerlichen Revolution an der Karl-Marx-Universität zu entwickeln. Man ging richtig den Weg, kunst-, musik- und literaturwissenschaftliche Arbeitsgruppen in einem Forschungskollektiv zusammenzufassen, das dann in der Lage ist, die theoretischen und methodologischen Grundprobleme der gemeinsamen Forschungsrichtung, Grundfragen der historischen Epoche und gemeinsame Entwicklungslinien der behandelnden Künste, theoretische Fragen ihrer Aneignung durch die sozialistische Gesellschaft und Grundfragen des ideologischen Klassenkampfes herauszuarbeiten.

Was Effektivität, Bearbeitungsdauer und Nutzen beeinträchtigt

In der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an unserer Universität steht im Durchschnitt hinter jedem bearbeiteten, zum Teil isoliert stehenden Thema, eine zu niedrige Forschungskapazität, die keinesfalls den in der Republik bereits erreichten mittleren Normen entspricht. Dagegen leiden Effektivität, Bearbeitungsdauer und gesellschaftlicher Nutzen. Das sind für uns keine günstigen Bedingungen einer rationalen Wissenschaftsorganisation in der Forschungsarbeit.

Das Grundproblem scheint mir darin zu liegen, daß das Wissenschaftspotential für die Forschung an unserer Universität noch zu stark zersplittert ist, sich der Leitung teilweise entzieht und in zu langen Bearbeitungszeiten für Forschungs- und Qualifizierungsvorhaben manifestiert. Es bestehen dadurch außergewöhnliche Schwierigkeiten für die interdisziplinäre Lösung komplexer Aufgaben in Forschung und Ausbildung.

Meines Erachtens ist es möglich, schrittweise — und besonders auch in Vorbereitung des Fünfjahresplanes — zwei Dinge zu tun:

Erstens ein komplexes gesellschaftswissenschaftliches Forschungsangebot herauszuarbeiten, das die Potenzen der Karl-Marx-Universität geschlossener zum Ausdruck bringt, und dieses den forschungsleitenden Organen unserer Republik zu unterbreiten.

Der Übergang auf diese neuen Positionen kann natürlich nur nach entsprechender Zustimmung und schrittweise erfolgen.

Zweitens werden wir uns bemühen, daß die Karl-Marx-Universität in der Forschungsleitung in unserer Republik selbst ihren Platz und ihre spezielle Verantwortung findet. Forschungsleitung bringt Mehrarbeit, wird aber helfen, das Profil der Karl-Marx-Universität, ihre Stellung im wissenschaftlichen Leben und das Niveau ihrer Arbeit in Erziehung und Ausbildung zu erheben.

In diese Richtung geht der Auftrag, die Vorlauforschung für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an der Karl-Marx-Universität zu konzentrieren. Kapazitäten des Franz-Mehring-Instituts, der Sektionen Marxismus-Leninismus, Philosophie/WS, Politische Ökonomie, MLO und Geschichte werden auf eine langfristige Gemeinschaftsarbeit an einem für die marxistisch-leninistische Bildung und klassenmäßige Erziehung aller Hochschulstudenten bedeutsamen Projekt konzentriert.

Damit sind zweifellos unsere Möglichkeiten nicht erschöpft. Wir können uns beim weiteren Durchdenken dieser Problematik auf die mit der Wissenschaftsentwicklung und Profilgestaltung an unserer Universität geleistete nützliche Arbeit stützen.

Die richtige Position ist entscheidend

Die Gesellschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität werden nur dann wie erforderlich vorankommen, wenn sich alle Wissenschaftler und Studenten darüber klar sind,

— daß sie ihre Funktion im Auftrag der Arbeiterklasse, ihrer Partei und für sie ausüben;

— daß sie den theoretischen Reichtum des Marxismus-Leninismus für die schöpferische Analyse voll nutzen und die Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Grundlage ihrer Arbeit machen müssen;

— daß die Beschlüsse unserer Partei der verbindliche Auftrag der Arbeiterklasse an ihre Wissenschaftler sind;

— daß sie bewußt eine schöpferische, unbürokratische Arbeitsatmosphäre sichern helfen müssen, damit sich die Schöpferkraft der Mitarbeiter und Studenten voll entfalten kann.

Das scheinen mir die Positionen zu sein, von denen aus wir die neue Etappe der Entwicklung unserer Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag angehen müssen.

Die Wichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an

Teil III — von Dr. jur. P. Terzopoulos, Institut für internationale Studien

wesen ist.“ Der führende Revanchist Becher lehnt sich gegen die Verurteilung des US-Aggressionskriegs in Indochina auf. Er hält es „für unangebracht, die Vereinigten Staaten deshalb zu tadeln, weil sie es wagen, gegen die Usurpation des Rechts in fernen Erdteilen einzutreten“!

2. alle von den Hitlerfaschisten in den annektierten Gebieten der CSR getroffenen Maßnahmen als rechtmäßig anzusehen. Dabei geht es oft um Verwaltungsmaßnahmen und um solche vermögensrechtlichen Charaktere. Zu diesen Maßnahmen gehört u. a. die Abführung der Steuern aus den annektierten Gebieten an den faschistischen deutschen Fiskus.

3. die nach dem zweiten Weltkrieg auf Grund des Abschnittes XIII des Potsdamer Abkommens erfolgte Ausgliederung deutscher Bevölkerungsteile aus der CSR als rechtmäßig zu diffamieren, obwohl diese zweifelsohne schwerwiegenden Maßnahmen eine Art der Durchsetzung des

Grundsatzes der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit für einen entfachten und verlorenen verbrecherischen Krieg sowie für begangene Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit war. Die damaligen Alliierten wollten außerdem damit die Politik der 3. Kolonne für die Zukunft unmöglich machen. Die deutsche Minderheit wurde ja vor dem Zustandekommen des Münchner Schanddikts dazu mißbraucht, um die Souveränität der CSR erheblich einzuschränken, die CSR zu erniedrigen und der faschistischen Lösung „Heim ins Reich“ zum Durchbruch zu verhelfen. Eigentlich waren die maßlosen Forderungen der Henlein-Faschisten das Vorspiel für die Annexion tschechoslowakische Staatsterritorien.

4. Ansprüche vorwiegend vermögensrechtlicher Natur gegenüber der CSR zu konstruieren. Es ist die Rede von 76 Milliarden Mark, die die Führer der ehemaligen Sudetendeutschen von der CSR fordern. Die „Unabhängige Gemeinschaft heimattreuer Grund-

eigentümer im Gebiet jenseits Oder/Neiße und im Sudetenland“ verlangte zum Beispiel in ihrem Manifest Nummer 1 die „effektivste Wiederbesitznahme unseres Grundeigentums“. Ferner wurde in einer Fresselinformation des 19. Sudetendeutschen Tages in Stuttgart 1968 die „Rechtsanspruch... auf Rück-erstattung des geraubten Vermögens“ und die sich daraus ergebende Entschädigung unterstrichen.

5. dem „Recht auf Heimat“ eine pseudorechtliche Grundlage zu verleihen. Diese politische Zweckkonstruktion ist offensichtlich das Gegenstück der faschistischen Lösung „Heim ins Reich“. Sogar die „Neue Rundschau“ vom Januar 1971 muß zugeben, daß das „Recht auf Heimat“ als eine völkerrechtliche Norm nicht vorhanden ist. Daher wird dieses „Recht“ theologisiert und mystifiziert. So bezeichnet Prof. Kühneth als ein „theonomes Unrecht des Menschen“: „Ein Unrecht — weil es nicht von Menschen gesetzt, weil es nicht in Ordnungen verfestigt ist, die von Menschen für Menschen errichtet sind.“ (Das Recht auf Hei-

mat, München 1958, S. 18). Das „Recht auf Heimat“ hat dabei den Weg zu territorialen Veränderungen offenzuhalten. Auf dem vom 29. bis 31. Mai 1971 in Nürnberg stattgefundenen „Sudetendeutschen Tag“ brachte Becher dies unverblümt zum Ausdruck: „Das Sudeten-gebiet gehört den Menschen, die es von alters her und rechtmäßig bewohnten.“ Die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ erhebt Ansprüche auf 22,4 Prozent des Staatsterritories der CSR. Inzwischen ist auch der „Sudetendeutsche Rat“ zur Erkenntnis gekommen, daß mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen der CSR und der BRD zu rechnen ist, und versucht seine Vertreter als Berater oder in sonstigen Funktionen direkt oder indirekt an den Verhandlungen mit der CSR teilnehmen zu lassen.

Das Münchner Abkommen wurde insbesondere Anfang 1968 als Mittel der Erpressung gegenüber der CSR gebraucht. Auch gegenwärtig gibt es in der BRD Politiker, die den Abschluß eines Vertrages mit der CSR von der Erfüllung einer Be-

dingung abhängig machen wollen, die eigentlich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSR darstellt. Es war und ist die Rede von „Demokratisierung“ usw.

Neuerdings entstand bei einigen Revanchisten ein paradoxes und zugleich raffiniertes Argument: Wenn das Münchner Abkommen von Anfang an so nichtig war, so war die am 20. November erfolgte Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ebenfalls nichtig. Dann seien die ehemaligen Sudetendeutschen immer noch Staatsbürger der CSR, und als solche hätten sie das Recht auf Rückkehr und auf Schadenersatzansprüche gegenüber dem eigenen Heimatstaat! Dazu muß gesagt werden, daß bereits die Tatsache der Aussiedelung die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft von Personen deutscher Nationalität beendete. Abgesehen davon wurden durch das Dekret des Präsidenten der CSR, Nummer 33 vom 19. August 1945 ausgebürgert.

Gegenwärtig ist wichtig, daß die ehemaligen Sudetendeutschen die Staatsbürgerschaft des Staates besitzen, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben. Wohnen sie in der DDR, so besitzen sie die DDR-Staatsbürgerschaft, wohnen sie in der BRD, dann sind sie BRD-Staatsbürger.